



Antrag

Borken, 10.03.2009

Sitzungsvorlage Nr. 0068/2009

Jugendhilfeausschuss	12.03.2009	TOP:	öffentlich
-----------------------------	-------------------	-------------	-------------------

Zuständige Facheinheit: 51 - Fachbereich Jugend und Familie	Berichterstatter/-in: Barbara Seidensticker-Beining
---	---

Beratungsgegenstand:

Schulsozialarbeit

Beschlussvorschlag:

Die Schulsozialarbeit wird ab dem 1.8.2009 gemäß der Empfehlung der Planungsbegleitgruppe fortgeführt.

1. Ab dem 1. August 2009 wird eine Aufstockung der bisherigen Stellen auf Vollzeitstellen (1,0) vorgenommen.
2. An jeder Hauptschule wird eine Vollzeitstelle Schulsozialarbeit vorgehalten.
3. Die organisatorische Anbindung wird wie bisher fortgeführt.
4. Die Finanzierung der Stellen soll zu gleichen Teilen durch den Kreis (50%) und durch die Kommunen (50%) erfolgen.
5. Es wird dafür Sorge getragen, dass die Schulsozialarbeiter/innen vormittags in den Schulen anzutreffen sind, etwaige Sitzungen, Schulungen usw. finden nachmittags oder abends statt.
6. Es wird unter starker kommunaler Beteiligung eine Begleitgruppe eingerichtet, die den Auftrag hat, das Konzept und die Kooperationsstrukturen der Schulsozialarbeit weiterzuentwickeln.
7. Die Fachkräfte in der Schulsozialarbeit sollten unabhängig von der Trägerschaft einen gemeinsamen Facharbeitskreis Schulsozialarbeit bilden.

Sachdarstellung:

Der Bericht zur Situation der Schulsozialarbeit im Kreis Borken von Prof. Dr. Ursula Tölle bestätigt zunächst einmal, dass Schulsozialarbeit im Kreis Borken etabliert ist und ein unverzichtbares Angebot für Schulen wie für die Jugendhilfe darstellt. Alle Akteure empfehlen dringend eine Fortsetzung und nach Möglichkeit einen Ausbau der Schulsozialarbeit.

Die Evaluation bewertet das sogenannte Isselburger Modell und dessen konzeptionelle Grundlage als erfolgreich und als geeignet aktuelle Entwicklungen aufzunehmen und das Konzept fortzuschreiben. Das Isselburger Modell hat als vorrangiges Ziel eine präventive Ausrichtung der Jugendhilfe formuliert, die durch frühzeitig einsetzende Unterstützung junger Menschen Gefährdungen entgegenwirken und der Eskalation problematischer Entwicklungsverläufe vorbeugen soll. Daher soll der Einsatz der Fachkräfte anknüpfen an einen Ort von zentraler Bedeutung (Schule) und wohnortnah, niedrighschwellig, also sozialräumlich orientiert sein. Die SPD – Kreistagsfraktion sieht dieses Modell immer noch als richtig an und möchte es fortgesetzt wissen und hält daher die Anbindung der Schulsozialarbeit beim Kreis für notwendig und richtig. Ebenso sollte sicher gestellt werden, dass Schulsozialarbeit nicht der Schulhierarchie angehört und damit nicht den Weisungen der Schulleitung unterstellt ist.

Frau Prof. DR Ursula Tölle führt in ihrem Bericht aus, dass es keine erkennbaren Vorteile für die Anbindung der Schulsozialarbeit an die Kommunen gibt. Sie weist ausdrücklich auf den erschwerten Datentransfer sowie auf die fehlende fachliche Anbindung hin, die auch nicht so ohne weiteres durch die geplante Vereinbarung ersetzt werden kann. Natürlich soll auf die sozialräumliche Orientierung und auf die ortsspezifischen Belange Rücksicht genommen werden. Dies muss aber nicht zwangsläufig zu dem Ergebnis führen, es sei dann keine pauschalierte Finanzierung über die Jugendamtsumlage mehr möglich. Auch bisher gab es unterschiedliche Angebote in den Städten und Gemeinden, die zum Kreisjugendamt gehören und diese wurden immer auch über die Jugendamtsumlage finanziert. Das Meinungsbild innerhalb der Bürgermeister scheint auch nicht so einheitlich zu sein, wie in der Sitzungsvorlage beschrieben. Es gibt Standpunkte von... „das ist überhaupt nicht Aufgabe der Kommunen,.....es soll so bleiben wie es ist, bis hin wir wollen es selber machen, fordern dafür aber eine Entlastung bei der Jugendamtsumlage“.

Die SPD – Kreistagsfraktion sieht Schulsozialarbeit als festen Teil der Jugendhilfe, die eine enge Zusammenarbeit mit dem ASD sowie weiteren Diensten notwendig macht, daher ist die Anbindung an den Kreis die sinnvollste Lösung im Sinne vernetzter Arbeit. Diese Ansicht findet ihre Bestätigung im Protokoll der Niederschrift des Jugendhilfeausschusses vom 19.12. 2007 durch die Aussagen von Herrn Overmann und der Schulsozialarbeiterin Frau Bruns.

Mit freundlichen Grüßen

Ursula Schulte